

---

## Interpellation I 34/25: Wie steht der Regierungsrat zum ungebremsten Wachstum?

---

Am 26. November 2025 haben die Kantonsräte Elias Studer und Jonathan Prelicz folgende Interpellation eingereicht:

«Anlässlich der Fragestunde an der Kantonsratssession vom 22. Oktober 2025 äusserte sich Regierungsrat André Rüegsegger dahingehend, dass das Bevölkerungswachstum ein Problem für unsere Infrastruktur darstelle. Ganz abgesehen davon, dass solche Äusserungen insofern unsachlich sind, als dass es offensichtlich auch in vielen anderen Regionen (Metropolen) auf der Welt mit deutlich dichter Bevölkerung durchaus funktioniert und Infrastrukturlösungen möglich sind, sehen wir das ungebremste Wachstum im Kanton Schwyz und der Schweiz auch kritisch.

Die Schwyzer Regierung betreibt zusammen mit den konservativen Kantonsratsparteien eine nicht nachhaltige Wachstumsstrategie. Mit immer tieferen Steuersätzen werden reiche Ausländer:innen und Firmen in die Schweiz und insbesondere in den Kanton Schwyz geholt. Damit werden auch immer mehr Arbeitsplätze hierher verlegt. Dies nicht nur wegen der Firmen: Die reichen Zuzüger:innen nehmen besonders viele Dienstleistungen in Anspruch, weshalb auch der Zuzug von natürlichen Personen zu einer zusätzlichen Verschiebung von Arbeitsplätzen führt. Dass die Lohnabhängigen gezwungen sind, den Arbeitsplätzen hinterherzuziehen, ist die logische Konsequenz hiervon.

Die Folge ist nicht nur, dass die Infrastruktur zusätzlich belastet wird. Die verfehlte Wachstumspolitik resultiert auch darin, dass die Miet- und Kaufpreise auf dem Wohnungsmarkt in die Höhe getrieben werden und die einheimische Bevölkerung verdrängt wird; in den Höfen und zunehmend auch im ganzen Kanton. In keinem anderen Kanton sind die Mieten in den letzten Jahren so stark gestiegen, wie im Kanton Schwyz.

Es ist offensichtlich, dass die aggressive Dumpingsteuer- und Wachstumsstrategie des Kantons Schwyz im Widerspruch zur vom Baudirektor geäusserten Wachstumskritik steht. Es geht nicht auf, auf der einen Seite eine solche Wachstumsstrategie zu betreiben und die Menschen und Firmen herzulocken und sich auf der anderen Seite über das Wachstum zu beklagen. Die Aussage steht sodann auch im Widerspruch dazu, dass gemäss Seite 17 des Regierungsprogramms 2024-2028 ein Bevölkerungswachstum gar angestrebt wird. Für uns stellen sich deshalb die Fragen:

1. Wie positioniert sich der Regierungsrat im oben aufgezeigten Widerspruch?
2. Entspricht die Äusserung des Baudirektors vom 22. Oktober 2025 der Ansicht des Regierungsrats?
3. Hat der Regierungsrat einen Strategiewechsel beschlossen? Wie will er eine allfällige Wachstumskritik mit der aktuellen aggressiven Standortpolitik, die auf Zuwanderung von aussen setzt, in Einklang bringen?

Wir bedanken uns für die Beantwortung unserer Fragen.»